

SPD-Vorschlag zu Linie 5 und ÖPNV: Ohne Sachkenntnis, Fachkenntnis und Finanzierung

- CSU hatte Prüfung der Trassenführung bereits im Februar 2019 beantragt
- Planfeststellungsverfahren sieht Trassenprüfung längst vor
- 365 Euro Ticket: Keine sachgerechten Finanzierungsvorschläge der SPD

Verblüfft nimmt die CSU-Fraktion den jüngsten Antrag der SPD zur Überprüfung der Trassenführung der Linie 5 durch die Rosenaustraße zur Kenntnis.

Genau diese hatte die CSU-Fraktion bereits am 22. Februar 2019 als Gesamtkonzeption „Rosenauallee“ beantragt und dies ausführlich begründet. Die beantragte Prüfung wurde laut Beantwortung durch das zuständige Fachreferat von Baureferent Gerd Merkle und der Vorhabenträgerin Stadtwerke Verkehrs-GmbH längst in die Antragsunterlagen zur Planfeststellung der Linie 5 eingearbeitet (Antwortschreiben vom 4. Juli 2019). Was auch immer die SPD veranlasst, diese alte CSU-Forderung neu aufzuwärmen, bleibt im Dunkeln.

Im ein Jahr alten Antrag der CSU war als Prüfungsvorschlag detailliert ausgeführt worden, ob die Trassierung im ersten Abschnitt vom Hauptbahnhof bis hinter die Bürgermeister Ackermann-Brücke („Rosenau-Allee“) als Trassenvariante funktioniert. Die Trassierung im Rahmen sollte im Rahmen einer großen Flügellösung erfolgen. Nach Austritt aus dem Tunnelmund am Hauptbahnhof sollte die Trassierung vereinigt über die Rosenaustraße zum Knoten Rosenaustraße/Pferseer Straße geführt werden und von dort stadtauswärts über die nördliche Rosenaustraße zur Bürgermeister-Ackermann-Brücke, während stadteinwärts die Trassierung ab der Bürgermeister-Ackermann-Brücke über die Holzbachstraße zum Knoten Rosenaustraße/Pferseer Straße erfolgen soll.

Schon 2013/14 war in Workshops von der Rosenau-Trassierung die Rede

Die einzelnen Teilabschnitte dieser neuen Variante waren bereits im Rahmen des Workshops „Go West“ im Jahre 2013/14, als auch in den Überlegungen der Stadtwerke in der Vergangenheit einzeln untersucht und durch eine Vorprüfung beurteilt worden.

Aktionismus ohne Fach- und Detailkenntnis ist unangebracht

„Wir haben absolutes Vertrauen in die unabhängige Planfeststellungsbehörde Regierung von Schwaben“, so der Fraktionsvorsitzende Bernd Kränzle zu den jüngsten, aktionistisch anmutenden Vorschlägen des Koalitionspartners in der Augsburger Stadtregierung. „Es ist nicht Aufgabe der Politik, die Ergebnisoffenheit hellseherisch vorwegzunehmen, schon gar nicht wenn man wie Herr Wurm in keinem einzigen Aufsichtsrat der swa sitzt“. Vorschläge ohne jegliche Detailkenntnisse über den Verfahrensstand seien „unangebracht“ und „unseriös“.

Ein weiteres verkehrspolitisches Ideenfeuerwerk der SPD bittet die CSU-Fraktion mit Blick auf die Vergangenheit nur nach genauer Prüfung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, die sonst in Hinblick auf Machbarkeit und rechtliche Rahmenbedingungen getäuscht werde, so Kränzle weiter. Wohin solche Vorfestlegungen führen können, sei heute noch am umgebauten Kö zu beobachten: „Wenn es nach der SPD gegangen wäre, hätten wir dort jetzt eine mehrspurige Autofahrbahn“.

„Der Freistaat muss...“ – ein ebenso altes wie erfolgloses SPD-Rezept

Die Forderung der SPD und Ankündigung der Einführung eines 365 Euro-Tickets bis 2023 kann nur erheblicher Nervosität angesichts schlechter Umfragewerte der SPD kurz vor der Kommunalwahl geschuldet sein. In der Sonntagsfrage des Institutes GMS vom Wochenende war die SPD bayernweit gerade mal noch auf 9 Prozent gekommen. Wie anders ließe sich erklären, dass nun „nach altem SPD-Muster wieder der schwarze Peter in Richtung Freistaat geschoben wird“, so der CSU-Fraktionsvorsitzende Bernd Kränzle, „so dass das beliebige Wunschkonzert von Herrn Wurm und Herrn Freund am Ende mal wieder andere bezahlen müssen“. So verliere man das Vertrauen der Menschen in die Kommunalpolitik.



Bernd Kränzle

Fraktionsvorsitzender